



## Liebe Leserinnen und Leser



Nettozuwanderung aus der EU in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 45 Prozent. Sie beträgt 18'386 Personen. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit ist die Nettozuwanderung im Vergleich zum Vorjahr noch nie derart stark angestiegen. Was sagen uns diese Zahlen? Aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise in ganz Europa wollen viele Menschen in die Schweiz um Arbeit oder einen Platz in unserem Sozialsystem finden. Aktuell sind in der Schweiz schon mehr als 150'000 Personen arbeitslos. In erster Linie sollten wir die Krise in der Schweiz meistern und für unsere Bevölkerung sorgen, bevor wieder Tor und Türen für eine freie Zuwanderung geöffnet werden.

Auf den ersten Blick denken Sie sicher, in den letzten paar Wochen sei es politisch etwas ruhiger geworden. Mit dem Aussetzen der nationalen und kantonalen Sessionen wurden viele Themen praktisch aufs Eis gelegt. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Auch das gesellschaftliche Leben verlor an Dynamik. Seit ein paar Tagen wurden die Bedingungen des Lock downs gelockert, der öffentliche Verkehr und die Wirtschaft scheinen wieder an Fahrt zu gewinnen. Auf den zweiten Blick jedoch, werden wir mit starken Nachwehen zu kämpfen haben. Es wird sich zeigen, wie die Bevölkerung mit der Lockerung umgeht und wie das gesellschaftliche Leben dann wieder angekurbelt werden kann. Hoffen wir, dass keine zweite Welle eintrifft und wir uns wieder dem politischen Alltag zuwenden können. Die Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln sollten selbstverständlich sein.

Trotz Kontrolle der Landesgrenzen in Zeiten der Corona-Krise stieg die

Was können wir unternehmen, um die Wirtschaft anzukurbeln und um Schlimmes zu verhindern?

*Liebe Leserinnen und Leser konsumieren Sie Schweizer Produkte und kaufen Sie in der Region ein. Das lokale Gewerbe dankt Ihnen. Mit Ihrem Verhalten sichern Sie die Wirtschaft und die Arbeitsplätze. Eine florierende Wirtschaft garantiert Wohlstand und Sicherheit.*

Bleiben Sie gesund!

Die Präsidentin  
Angela Lüthold-Sidler

Neuer Abstimmungstermin: 27. September 2020

Begrenzungsinitiative

**JA+** zur massvollen Zuwanderung

## Wichtiges im Mai/Juni >>

- 18 | Kantonsratssession (wird live übertragen)
- 19 | Generalversammlung Wahlkreis Sursee (wird im Zirkularverfahren durchgeführt)
- 28 | Einwohnerratssitzung Horw
- 02 | Session National- und Ständerat
- 06 | Grossstadtratssitzung Luzern

## AUS DER REDAKTION

**Aus dem «SVP Kurier» wird neu die «SVP news», das offizielle Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern. Die «SVP news» erscheinen monatlich und sind als online-Version jeweils aktuell auf der Website der SVP Kanton Luzern zum Download bereit. Selbstverständlich kann auf Bestellung eine Printversion zugestellt werden.**

Mit den «SVP news» will die Parteileitung des SVP Kanton Luzern schneller und fokussierter über wichtige Themen und Entscheidungen informieren. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden.

Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: sekretariat@svplu.ch

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung  
Die Parteileitung der SVP Kanton Luzern



## Begrenzungsinitiative schützt die Menschen

**Laut den neusten Zahlen des Bundes stieg die Nettozuwanderung aus der EU in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 45 Prozent. Noch nie seit Einführung der Personenfreizügigkeit ist die Nettozuwanderung im Vergleich zum Vorjahr derart stark angestiegen. Die Schweiz muss sich auf eine Zuwanderungswelle gefasst machen.**

Wie der Statistik des Staatssekretariats für Migration zu entnehmen ist, steigen die Zuwanderungszahlen im Vergleich zum letzten Jahr massiv an. Allein im ersten Quartal dieses Jahres betrug die Nettozuwanderung insgesamt 18'386 Personen. Die Hauptursache dafür ist die Personenfreizügigkeit. Mit 12'167 Personen kommen zwei Drittel der Zuwanderer aus den EU- und EFTA-Staaten. Noch nie hat die Nettozuwanderung aus der EU im Vergleich zu einem Vorjahresquartal derart stark zugenommen. Ohne das Mitte März aufgrund der Corona-Pandemie eingeführte strikte Grenzregime wäre diese Zahl noch höher.



*Wir müssen uns auf eine Zuwanderungswelle gefasst machen.*



### Eine Zuwanderungswelle droht

Die Schweiz muss sich auf eine Zuwanderungswelle gefasst machen. Aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise und der massiven Arbeitslosigkeit in den EU-Staaten wird sich ein Grossteil der Menschen aufmachen, um in der Schweiz zu jedem Preis und zu jedem Lohn Arbeit oder einen Platz in unserem Sozialsystem zu finden. Zum Schutz der Menschen in der Schweiz vor Arbeitslosigkeit und Armut muss jetzt dringend die Zuwanderung begrenzt werden. Umso unverständlicher ist es, dass der Nationalrat in der ausserordentlichen Session entschieden hat, die Grenzen schnellstmöglich wieder öffnen.

### Ältere und jüngere besonders betroffen

Die Schweiz steht momentan selbst vor gewaltigen wirtschaftlichen Herausforderungen. Gemäss den Erhebungen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) waren Ende April 2020 153'413 Arbeitslose bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) eingeschrieben, 17'789 mehr als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote stieg damit von 2,9 % auf 3,3 %. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhte sich die Arbeitslosigkeit um 46'115 Personen (+43,0 %). Besonders von dieser Situation ist die jüngere und ältere Bevölkerung betroffen: Die Jugendarbeitslosigkeit (15- bis 24-Jährige) erhöhte sich um 2'635 Personen (+18,1 %) auf 17'191. Im Vergleich zum Vorjahresmonat entspricht dies einem Anstieg um 6'530 Personen (+61,3 %). Die Anzahl der Arbeitslosen zwischen 50 – 64 Jahren erhöhte sich um 3'481 Personen (+9,5 %) auf 40'236. Eine Zunahme zum Vormonat um 9'678 Personen (+31,7 %).

### Verheerende Folgen

Die Folgen dieser masslosen Zuwanderung in die Schweiz sind verheerend: die Sozialkosten und die Kriminalität nehmen zu, die Mieten und Bodenpreise steigen, wertvolles Kulturland wird zubetoniert. Schweizer Arbeitnehmende werden durch junge, billigere Ausländer ersetzt. Der Lohndruck steigt. Und dies in einer Zeit, in der Hunderttausende Schweizerinnen und Schweizer als Folge der Corona-Krise in Kurzarbeit sind oder ihre Arbeit ganz verloren haben. Statt immer noch mehr billige EU-Arbeitskräfte in unser Land zu lassen, müssen wir jetzt zuerst die Arbeitsplätze der Menschen in der Schweiz sichern. Deshalb braucht es am 27. September ein klares Ja zur Begrenzungsinitiative.

### Nachgefragt bei



**Roger Köppel**  
Nationalrat

*Wie beurteilen Sie den Vorstoss zur baldmöglichsten Wiederherstellung Personenfreizügigkeit?*

**Die SVP beurteilt diesen Vorstoss als Schlag ins Gesicht all jener Menschen im Inland, die gegenwärtig um ihren Job bangen. Wir alle wissen, dass manche EU-Staaten vom Coronavirus und der Wirtschaftskrise hart getroffen wurden. So drängen immer noch mehr Menschen in die wirtschaftlich schon heute überforderte Schweiz.**

Das Parlament hätte eigentlich die hohe Pflicht, jetzt erst einmal für die eigene Bevölkerung zu schauen, statt umgehend wieder die EU-Masseneinwanderung in Gang zu setzen. Unmöglich können wir jetzt unsere Grenzen öffnen für eine unkontrollierbare Migration. Die Schweizerinnen und Schweizer haben immerhin einen Lichtblick: Sie können am 27. September darüber entscheiden, ob sie weiterhin eine Massenzuwanderung statt einer massvollen, kontrollierten Zuwanderung mit Inländervorrang wollen.





## Grenzkontrollen müssen bleiben

**Die Ansprüche der anderen Parteien sind verantwortungslos: Rasche Öffnung der Grenzen, Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit und hunderte Millionen Franken an Steuergeldern ins Ausland verschenken. Die SVP lehnt diese Forderungen klar ab und will, dass Schweizer Steuergelder für die Schweiz bereitstehen müssen.**

Einerseits tun sich namentlich die linken Parteien schwer mit dem Wiederhochfahren der Wirtschaft und würden am liebsten den Lockdown weiter aufrechterhalten. Dies mit der Begründung, so eine zweite Ansteckungswelle möglichst zu verhindern. Andererseits forderten sie eine rasche Öffnung der Grenzen und die Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit. Sie wollen, dass wieder jeden Tag zehntausende Menschen völlig unkontrolliert in unser Land einreisen. Sie nehmen dabei in Kauf, dass sich das Virus ungehindert und flächendeckend in der ganzen Schweiz verbreiten kann. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist dies eine grobfahrlässige Gefährdung der Gesundheit der Menschen in der Schweiz. Angesichts der steigenden Arbeits-

losenzahlen müssen die Unternehmen jetzt zuerst stellenlose Schweizer anstellen, statt billige EU-Ausländer ins Land zu holen.

### Schweizer Steuergelder für die Schweiz

Auch die Forderung die humanitäre Hilfe für das Jahr 2020 um 100 Millionen Franken aufzustocken, lehnt die SVP-Fraktion vehement ab. Dies zumal Aussenminister Ignazio Cassis erst erklärt hatte, dass sein Departement plant, mit Steuergeldern in der Höhe von 400 Millionen Franken internationale Projekte zu unterstützen. Dass der Bund in der aktuellen Krise, in der zehntausende Menschen in der Schweiz in Not sind oder gar vor dem finanziellen Ruin stehen, hunderte von Millionen Steuerfranken ins Ausland verschenkt, ist unverschämt. Dies auch deshalb, weil Jahr für Jahr zehntausende Wirtschaftsmigranten aus aller Welt direkt in unser Sozialsystem einwandern.

**Damit muss jetzt Schluss sein und das Geld muss zuerst jenen zugutekommen, denen es gehört: Den Schweizerinnen und Schweizern!**

## Bild des Monats

### Unser Nationalrat Franz Grüter während der letzten Sondersession in Bern



Er äussert sich zum Nachtragskredit für die humanitäre Hilfe: «Unsere Fraktion steht zur humanitären Tradition der Schweiz und auch zu den Geldern, die im regulären Budget eingestellt sind. Das sind rund 500 Millionen Franken. Wir haben aber kein Verständnis, wenn in der Situation, in der wir stecken, wo Kleingewerbler, Unternehmer und Privatpersonen mit existenziellen Ängsten kämpfen, wir damit eine halbe Milliarde ins Ausland senden. Wir sind der Meinung, dass es jetzt an der Zeit ist, dass wir zuerst für die Leute, für die Unternehmen, für das Gewerbe in diesem Land sorgen, für die Leute, die existenzielle Ängste haben. Bei uns herrscht wenig bis kein Verständnis, wenn in dieser Zeit dann noch so viel Geld zusätzlich ins Ausland gesprochen wird.»



## Interview mit Urs Dickerhof

# Nicht nötig

**Der Kantonsrat hält seine Sessionstage vom 18. Mai sowie vom 22., 23. und 29. Juni 2020 auswärts in der Messe Luzern ab. Die SVP Kanton Luzern hat sich gegen eine Durchführung ausgesprochen. Urs Dickerhof, Fraktionspräsident der SVP Kanton Luzern, nimmt Stellung dazu.**

Üblicherweise sitzen die 120 Mitglieder des Luzerner Kantonsrates an den Sessionen im Kantonsratssaal Schulter an Schulter mit ihren Kolleginnen und Kollegen. Damit die vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) aufgrund des Coronavirus erlassenen Abstands- und Hygienemassnahmen eingehalten werden können, werden die Sessionen vom 18. Mai sowie vom 22., 23. und 29. Juni 2020 auswärts in der Messe Luzern durchgeführt. Damit kann das kantonale Parlament pendente Geschäfte behandeln und die notwendigen Beschlüsse fassen. Im Vorfeld haben sich die bürgerlichen Parteien, allen voran die SVP, gegen die Durchführung der Mai-Session ausgesprochen. Es stehen keine dringlichen Geschäfte an, weshalb der enorme Aufwand und das eingegangene Risiko unverhältnismässig sind und zu keinem substanziellen Mehrwert führen. Die Forderung von Links (SP/Grüne) dient lediglich der politischen Selbstinszenierung.

### **Wie stehen Sie als Fraktionspräsident zur Durchführung der Session?**

Die Session ist in meinen Augen nicht nötig. Sie wurde von den Linken erzwungen und dient der politischen Selbstinszenierung. Sie ist zudem unsolidarisch gegenüber allen Unternehmern, Gewerbetreibenden und Mitarbeiterinnen sowie Mitarbeitern, die stark von der Krise betroffen sind.

### **Welchen Themen haben in Ihren Augen eine höhere Priorität?**

Die Gesundheit der Mitbürgerinnen und Mitbürger hat die höchste Priorität. Es ist aber wichtig, dass nun weitere konkrete Massnahmen für die Wirtschaft beschlossen werden. Die Menschen haben existenzielle Ängste. Es herrscht eine hohe Ungewissheit und wir müssen nun die Wirtschaft stützen.

### **Was gilt es weiter zu beachten?**

Wir dürfen das gesellschaftliche Leben nicht aus den Augen verlieren. Sportliche, kulturelle und gesellschaftliche Anlässe und eine Vielzahl an Aktivitäten von Vereinen konnten nicht stattfinden. Je länger die Massnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 bestehen, desto herausfordernder für die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben. Dieser Zusammenhalt fehlt und den brauchen wir, aber sicher nicht jetzt eine Kantonsratssession.

**Wichtiger Hinweis:** Besucherinnen und Besucher sind nicht zugelassen. Die Sessionen werden live unter [www.lu.ch](http://www.lu.ch) übertragen.

Liebe SVP-Familie

Die ersten Massnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 wurden gelockert. Das ist wichtig für die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben. Aber die Krise ist noch nicht überstanden. Es ist wichtig, dass die Vorgaben des Bundesrates weiterhin beachtet werden. So können wir gemeinsam diese herausfordernde Situation bewältigen.



*Eigenverantwortung vor  
Zwangsmassnahmen.*



Die SVP Kanton Luzern ist sich bewusst, dass die Folgen der Coronakrise nach lange währen werden. Aus diesem Grund werden wir alles daransetzen, dass es nicht noch zu weiteren Belastungen der Unternehmen und Steuerzahlenden kommt. Auch in Notlagen ist die Eigenverantwortung hoch zu halten! Bleibt gesund!

Angela Lüthold-Sidler,  
Präsidentin SVP Kanton Luzern

## IMPRESSUM

**Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter [www.svp-lu.ch](http://www.svp-lu.ch) gelesen und heruntergeladen werden. Zudem kann eine Printversion angefordert werden.**

Redaktion & Grafik: b2000 AG, 6020 Emmenbrücke  
Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern, [sekretariat@svplu.ch](mailto:sekretariat@svplu.ch)